

Deutsche Paul Lazarsfeld - Gesellschaft
und
Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin

Die Haltung der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg zur Länderfusion

Ausgewählte Befragungsergebnisse für die
Pressekonferenz am 8. Dezember 2000

Kontakt:

Prof. Dr. Oskar Niedermayer
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum, Ihnestr. 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-51429/54959 (Skr.); FAX (030) 838-54960
E-Mail: niederm@zedat.fu-berlin.de

PD Dr. Richard Stöss
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum, Ihnestraße 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-52023/55037 (Skr.), Fax (030) 838-54960
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Dipl. Pol. Joachim Kreis
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum, Ihnestraße 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-52025/55037 (Skr.), Fax (030) 838-54960
E-Mail: joachimk@zedat.fu-berlin.de

Manfred Güllner
Vorsitzender der Deutschen Paul Lazarsfeld - Gesellschaft
Max Beer Str. 2, 10119 Berlin
Tel. (030) 628 820

Teilergebnisse einer Studie des Otto-Stammer-Zentrums zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg.

Wissenschaftliche Leiter: Prof. Dr. Oskar Niedermayer
PD Dr. Richard Stöss.

Finanziert durch die Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft.
Datenerhebung: forsa.

Zeitraum: Mai/Juni 2000

Befragte: 1850 Befragte aus Berlin und Brandenburg ab 18 Jahre

Teilergebnisse einer Studie des Otto-Stammer-Zentrums zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der politischen Elite in Berlin und Brandenburg.

Wissenschaftlicher Leiter: Dipl. Pol. Joachim Kreis

Zeitraum: Juli/August 2000

Befragte: 73 Befragte aus Berlin und Brandenburg aus der politischen Elite

Inhalt:

Ergebnis	2
Die Haltung der Bevölkerung zur Fusion.....	3
Gefühlsmäßige Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern.....	12
Allgemeine Ängste in Bezug auf eine Fusion und von einer Fusion erwartete Vorteile	16
Erklärungsfaktoren für die Haltung zur Fusion	20
Die Haltung der politischen Elite zur Fusion.....	24
Vergleich zwischen Bevölkerung und Elite.....	32

Ergebnis

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Brandenburg und Berlin spricht sich mittlerweile für einen Zusammenschluss beider Bundesländer aus. Dies gilt für die Berliner im Westteil und im Ostteil der Stadt und für die Brandenburger im stadtnahen Engeren Verflechtungsraum (EVR) und im Berlin-fernen Äußeren Entwicklungsraum (ÄER). Allerdings besteht nach wie vor ein **Zustimmungsgefälle in der Region**: Die West-Berliner befürworten die Länderehe besonders häufig (78%), die Märker im ÄER dagegen seltener (58%).

Seit der Volksabstimmung im Jahr 1996 ist der Anteil der Fusionsbefürworter um knapp 30 Prozent gestiegen, und zwar mehr oder weniger gleichmäßig in allen vier Untersuchungsgebieten.

Auch die politischen Eliten sind mehrheitlich für eine Fusion. Selbst der "harte Kern" unter den Befürwortern eines Zusammenschlusses verfügt über eine über die Zeit hinweg stabile Mehrheit.

In der Bevölkerung haben vor allem zwei Faktoren Einfluss auf die Haltung zur Fusion: eher rational begründete **Nutzenüberlegungen** und eher emotional begründete **Ängste**. Die gefühlsmäßige Haltung der Befragten zum anderen Bundesland und zu seinen Bürgern spielt dagegen – wider Erwarten - eine geringe Rolle.

Keinerlei Ängste, aber viele Vorteile verbinden 35 Prozent der West-Berliner mit einer Fusion beider Länder, in Ost-Berlin gilt dies für 29 Prozent der Befragten, in Brandenburg für 15 (EVR) bzw. 13 Prozent (ÄER). Ein gewisses Maß an Ängsten als auch die Erwartung einiger Vorteile verbinden mit dem Fusionsgedanken etwa ein Fünftel der Berliner und fast ein Drittel der Brandenburger. **Trotz der gewachsenen Zustimmung zur Länderehe seit 1996 bestehen selbst bei Fusionsbefürwortern noch erhebliche Ängste und Unsicherheiten. Insbesondere in Brandenburg dürfte die Fusionsmehrheit noch recht labil sein.** Unsere Untersuchungsergebnisse belegen allerdings, dass sich die Bevölkerung bei ihrer Entscheidung für oder gegen eine Länderehe durchaus von Kosten-Nutzen-Kalkülen leiten lässt. Daher sollte bei einem neuerlichen Fusionsanlauf rechtzeitig und intensiv über die Vor- und Nachteile der Verschmelzung beider Länder informiert werden.

In der politischen Elite ist die Befürwortung einer Fusion deutlich an Bedingungen geknüpft, vor allem an die **Lösung von Finanzfragen**. Dies betrifft vor allem die anstehende Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und damit zusammenhängend Fragen zum Stadtstaatenprivileg Berlins. Unter diesem Vorbehalt kann sich die relative Mehrheit der politischen Elite eine Volksabstimmung über den Zusammenschluss im Jahr 2007 und den Vollzug des Zusammenschlusses im Jahr 2009 vorstellen. Dies korrespondiert mit der Haltung eines erheblichen Teils der Fusionsbefürworter, der einen Zusammenschluss bis 2010 präferiert.

Die Haltung der Bevölkerung zur Fusion

Um möglichst differenzierte Einsichten in die Haltung der Bevölkerung der Region Berlin-Brandenburg zur Fusion beider Länder zu gewinnen, haben wir nicht nur nach der Zustimmung bzw. Ablehnung gefragt, sondern auch den möglichen Zeitpunkt einer Fusion mit einbezogen:

"Der Berliner Senat und die Landesregierung in Brandenburg haben sich darauf verständigt, einen neuen Anlauf für ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg zu nehmen. Wie ist Ihre Meinung zu dieser Frage? Sollten Berlin und Brandenburg

- *möglichst schnell ein gemeinsames Bundesland bilden,*
- *bis 2010 ein gemeinsames Bundesland bilden oder*
- *getrennt bleiben?"*

51 Prozent der Berliner, aber nur 32 Prozent der Brandenburger sprachen sich im Sommer dieses Jahres für eine möglichst schnelle Fusion aus. Die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes bis 2010 befürworteten allerdings gleichermaßen jeweils ein Viertel der Berliner und Brandenburger (25% bzw. 27%). **Für eine Fusion – unabhängig von einem spezifischen Zeitpunkt - votierten insgesamt also 76 Prozent der Berliner und 59 Prozent der Brandenburger** (Tabelle 1).

Dieses Resultat zeigt, dass der Anteil der Fusionsbefürworter in der Region seit der Volksbefragung von 1996 erheblich zugenommen hat. In beiden Ländern besteht mittlerweile eine deutliche Mehrheit für einen Zusammenschluss von Berlin und Brandenburg, in Berlin ist sie auf drei Viertel angewachsen, und in der Mark bewegt sie sich auf die Zwei-Drittel-Marke zu. Allerdings wollen sich die Brandenburger eher Zeit lassen, während die Berliner eher auf eine schnelle Fusion drängen.

Das Umfrageergebnis für Brandenburg ist auch deshalb überraschend, weil Infratest dimap im Brandenburg-Barometer vom April 2000 "nur" 44 Prozent Fusionsbefürworter ermittelte. Da die Zustimmung zwischen April und Mai/Juni 2000 kaum so stark angewachsen sein dürfte, vermuten wir, dass die unterschiedlichen Messergebnisse auf unterschiedlichen Frageformulierungen und Antwortvorgaben beruhen. Während sich die Befragten bei Infratest dimap zwischen Befürwortung und Ablehnung entscheiden mussten ("Befürworten Sie alles in allem eine Fusion von Berlin und Brandenburg oder lehnen Sie sie eher ab?"), konnte bei unserer Befragung auch nach dem Fusionszeitpunkt unterschieden werden. Möglicherweise hat ein Teil der Probanden die Frage von Infratest dimap so interpretiert, dass eine Fusion zum Befragungszeitpunkt gemeint sei.

Bei unserer Untersuchung werden beide Länder nach speziellen Gebieten aufgeteilt: Für Berlin unterscheiden wir zwischen dem Ostteil und dem Westteil der Stadt. Für Brandenburg unterscheiden wir zwischen dem "**Engeren Verflech-**

tungsraum" (EVR) und dem **"Äußeren Entwicklungsraum" (ÄER)**. Dabei handelt es sich um raumordnerische Einteilungen des "Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms Berlin/Brandenburg". Der EVR vereinigt die Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs. Er ist räumlich umfassender als der sogenannte "Speckgürtel", womit zumeist nur die Teile Brandenburgs innerhalb des Autobahnringes um Berlin gemeint sind. Der ÄER umfasst folglich die übrigen, Berlin-fernen Teile Brandenburgs, in denen rund zwei Drittel der Einwohner des Landes leben.

In Tabelle 2 sind die Meinungen zur Fusion beider Länder nach diesen vier Gebieten aufgeschlüsselt. Für eine möglichst rasche Fusion sprechen sich 28 Prozent der Märker im ÄER, 40 Prozent der Märker im EVR, 46 Prozent der Ost-Berliner und 54 Prozent der West-Berliner aus. Große Zurückhaltung gegenüber einer schnellen Zusammenlegung äußern also vor allem die Bewohner der Randregionen in Brandenburg. Unter Einbeziehung der Fusionsperspektive 2010 findet sich aber auch bei ihnen eine Mehrheit (58%) für die Zusammenlegung beider Länder. Am anderen Ende der Skala liegt West-Berlin mit einem Gesamtanteil von 78 Prozent Fusionsbefürwortern.

Umgekehrt plädieren für die Beibehaltung des Status quo im ÄER 37 Prozent, im EVR 32 Prozent, in Ost-Berlin 22 Prozent und in West-Berlin 18 Prozent der Befragten.

Tabelle 1: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder (%)		
	Berlin	Brandenburg
Möglichst schnell gemeinsames Land bilden	51	32
Bis 2010 gemeinsames Land bilden	25	27
Getrennt bleiben	20	35
Weiß nicht/keine Antwort	4	5

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Tabelle 2: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Möglichst schnell gemeinsames Land bilden	54	46	40	28
Bis 2010 gemeinsames Land bilden	24	27	23	30
Getrennt bleiben	18	22	32	37
Weiß nicht/keine Antwort	3	6	5	6

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Analysiert man die **Veränderungen der Meinungen der Bevölkerung zur Fusion** seit der Volksabstimmung von 1996, dann ergeben sich zwei Tendenzen:

Die Verteilung des "harten Kerns" der Befürworter – damit sind die Befragten gemeint, die sich damals wie auch im Sommer 2000 für einen Zusammenschluss beider Länder ausgesprochen haben – spiegelt das bekannte Gefälle von Berlin-West über Berlin-Ost und den EVR Brandenburgs bis zum Berlin-fernen ÄER der Mark wider: Der "harte Kern" umfasst in Berlin-West 49 Prozent der Befragten, in Berlin-Ost immerhin noch 45 Prozent, im EVR 35 Prozent und im ÄER nur noch ganze 27 Prozent. Entsprechend sinkt der Anteil der beharrlichen Fusionsgegner von 25 Prozent (ÄER) auf 13 Prozent (Berlin-West und – Ost). Im ÄER stehen sich mithin 27 Prozent konstanter Befürworter und 25 Prozent konstanter Ablehner gegenüber.

Der Zuwachs an Fusionsbefürwortern zwischen 1996 und 2000 beträgt dagegen mehr oder weniger gleichmäßig in allen vier Untersuchungsgebieten 30 Prozent. Er schwankt nur geringfügig zwischen 27 Prozent (Berlin-Ost) und 30 Prozent (ÄER). Der Fusionsgedanke hat folglich flächendeckend an Attraktivität gewonnen, selbst in den Gebieten, wo die Ablehnung der Fusion relativ stark ausgeprägt ist.

Zulauf erhielt aber auch das Lager der Gegner einer Länderehe. Er fällt mit sechs bzw. neun Prozent in Berlin und mit 12 Prozent in Brandenburg allerdings vergleichsweise gering aus (Tabelle 3).

Tabelle 3: Die Veränderung der Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder seit der Volksabstimmung 1996 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Konstant pro Fusion	49	45	35	27
Konstant gegen Fusion	13	13	19	25
Konstant unentschieden	2	4	3	3
Zuwachs pro Fusion	29	27	28	30
Zuwachs gegen Fusion	6	9	12	12
Zuwachs Unentschiedene	1	2	3	3

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
 Datenquelle: forsa

Analysiert man die Haltung der Bevölkerung zur **Fusion nach sozialstrukturellen Gesichtspunkten**, dann ergeben sich keine Hinweise darauf, dass sich Befürworter und Gegner signifikant durch derartige Faktoren unterscheiden. Anders ausgedrückt: **Es hängt kaum von der sozialen Lage einer Person ab, ob sie sich für oder gegen eine Verschmelzung von Brandenburg und Berlin ausspricht.** Dennoch sollen die Befunde hier kurz vorgestellt werden:

Geschlechterspezifische Unterschiede bestehen nicht (Tabelle 4). In den Altersgruppen neigen die jüngeren Jahrgänge etwas stärker zur Ablehnung der Fusion als die älteren Jahrgänge (Tabelle 5). Dies gilt entsprechend für Arbeitslose und Arbeiter, während sich die Selbständigen vergleichsweise massiv für eine Vereinigung aussprechen (Tabelle 6). Einen gewissen Einfluss hat auch der formale Bildungsgrad. Personen mit geringer Qualifikation sprechen sich stärker gegen eine Fusion aus als hoch gebildete Befragte (Tabelle 7). Und finanziell gut gestellte Probanden neigen eher zur Verschmelzung von Berlin und Brandenburg als Personen mit geringem Haushaltseinkommen (Tabelle 8). In Brandenburg erweisen sich die Befragten mit mittlerer Bildung und mittlerem Einkommen allerdings als besonders fusions skeptisch. Dies zeigt sich auch, wenn Bildung und Einkommen zur Schichtung der Bevölkerung herangezogen werden (Tabelle 9). In Berlin nimmt der Anteil der Fusionsbefürworter leicht von der Unterschicht (geringe Bildung und geringes Einkommen) über die Mittelschicht bis zur Oberschicht (hohe Bildung und hohes Einkommen) zu. In Brandenburg neigt die Oberschicht besonders zur Vereinigung beider Länder, es folgt die Unterschicht und dann die Mittelschicht.

Mit der Einschränkung, dass sozialstrukturelle Faktoren nur einen geringen Einfluss auf die Haltung zur Länderfusion ausüben, ergibt sich grob vereinfacht, dass vor allem eher jüngere Personen, die eher der Unterschicht zuzurechnen sind und die eher in Berlin-fernen Gebieten Brandenburgs leben, zur Ablehnung der Fusion neigen. **Dennoch bleibt festzuhalten, dass sozialstrukturelle Faktoren die Haltung zur Vereinigung beider Länder nur marginal beeinflussen. Die maßgeblichen Motive müssen in anderen Bereichen gesucht werden.**

Tabelle 4: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder nach Geschlecht (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	M	W	M	W
Befürwortung	75	77	58	60
Anlehnung	23	18	39	32
Weiß nicht/keine Antwort	3	6	3	7

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Tabelle 5: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder nach Altersgruppen (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	18-44	über 44	18-44	über 44
Befürwortung	70	83	55	64
Anlehnung	26	13	41	29
Weiß nicht/keine Antwort	4	4	4	8

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Tabelle 6: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder nach Berufs- bzw. Erwerbsgruppen (%)												
	Berlin						Brandenburg					
	Alo	Arb	Ang	Bea	Sel	Nep	Alo	Arb	Ang	Bea	Sel	Nep
Befürwortung	68	69	74	78	79	80	54	46	62	74	79	62
Ablehnung	29	29	21	23	13	16	40	50	33	21	18	32
W.n./k.A.	2	2	5	0	9	4	6	4	4	5	3	7

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
 Datenquelle: forsa

Alo Arbeitslose
 Arb Arbeiter
 Ang Angestellte
 Bea Beamte (teilw. geringe Fallzahlen)
 Sel Selbständige
 Nep Nichterwerbspersonen

Tabelle 7: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder nach Bildungsgruppen (%)						
	Berlin			Brandenburg		
	Niedrig	Mittel	Hoch	Niedrig	Mittel	Hoch
Befürwortung	73	77	85	60	56	72
Ablehnung	22	20	14	34	39	24
W.n./k.A.	6	4	1	6	6	4

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
 Datenquelle: forsa

Tabelle 8: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder nach Einkommensgruppen¹⁾ (%)						
	Berlin			Brandenburg		
	Gering	Mittel	Hoch	Gering	Mittel	Hoch
Befürwortung	73	77	79	61	56	70
Ablehnung	22	20	17	32	40	27
W.n./k.A.	6	4	3	7	4	3

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

- 1) Haushaltseinkommen
gering: bis unter DM 2500
mittel: DM 2500 bis unter DM 4500
hoch: DM 4500 und mehr

Tabelle 9: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder nach Schicht¹⁾ (%)						
	Berlin			Brandenburg		
	USCH	MSCH	OSCH	USCH	MSCH	OSCH
Befürwortung	73	76	82	63	49	73
Ablehnung	22	19	15	32	45	24
W.n./k.A.	5	5	2	5	6	3

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

- 1) Die Schichten wurden aus Bildung und Haushaltseinkommen konstruiert:
USCH = Unterschicht: geringe Bildung und geringes Einkommen
MSCH = Mittelschicht: mittlere Bildung und mittleres Einkommen
OSCH = Oberschicht: hohe Bildung und hohes Einkommen

Unter den **Anhängerschaften der Parteien** variiert die Zustimmung zur Fusion zwischen 91 Prozent (FDP im EVR) und 44 Prozent (PDS im ÄER). Bei den Nichtwählern im ÄER beträgt sie sogar nur 41 Prozent (Tabelle 10). Gleichwohl ergibt sich aus Tabelle 10 kein konzises Bild, das auf einen engen Zusammenhang zwischen Parteipräferenz und Fusionshaltung in den vier Teilregionen schließen ließe. Für die Region Berlin-Brandenburg insgesamt, also unabhängig von den jeweils spezifischen Verteilungen in den vier Untersuchungsgebieten, gilt, dass sich unter den Anhängern der FDP die meisten Fusionsbefürworter befinden (79%), es folgen die der Bündnisgrünen (77%), der CDU (76%), der SPD (73%), der sonstigen Parteien (60%) und schließlich die Anhänger der PDS (57%). Die Anhängerschaft der Postkommunisten ist mithin nach wie vor besonders stark durch Fusionsgegner geprägt.

Tabelle 10: Der Anteil der Befürworter einer Fusion von Berlin und Brandenburg an den Wählern¹⁾ der Parteien, an den Nichtwählern und den Unentschiedenen (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
CDU	82	80	71	66
SPD	81	85	66	62
FDP	85	*	91	71
B90/G	84	69	69	73
PDS	70	64	57	44
Sonstige	78	67	83	*
Nichtwähler	64	58	57	41
Unentschiedene	75	69	54	58

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

Datenquelle: forsa

1) Gemessen an der Wahlabsicht (Landeswahlen)

* Geringe Fallzahlen

Gefühlsmäßige Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern

Berliner und Brandenburger finden sich gegenseitig durchaus sympathisch, die Sympathie hält sich jedoch in Grenzen. Am größten ist die gegenseitige Sympathie zwischen den Ost-Berlinern und den Brandenburgern im engeren Verflechtungsraum, am wenigsten Sympathie empfinden die West-Berliner und die Brandenburger im äußeren Entwicklungsraum füreinander. In diesen beiden Bevölkerungsgruppen ist auch die Unsicherheit in der gegenseitigen Beurteilung noch am größten: Etwa jeder Vierte kann die jeweils andere Gruppe überhaupt nicht einschätzen (Tabelle 11).

Auch die **Bereitschaft zum Wohnortwechsel in das jeweils andere Bundesland ist bei den West-Berlinern und den in den weiter von Berlin entfernten Gegenden lebenden Brandenburgern am geringsten ausgeprägt:** Weniger als die Hälfte der West-Berliner und nur ein gutes Drittel der Brandenburger im äußeren Entwicklungsraum können sich vorstellen, im anderen Land zu wohnen; bei den Ost-Berlinern ist die prinzipielle Bereitschaft zum Wohnortwechsel wesentlich höher (Tabelle 12).

Kombiniert man die Bereitschaft zum Wohnortwechsel und die gegenseitige Sympathie zu einem Indikator, der die gefühlsmäßige Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern ausdrückt, so **findet man eine eher positive Haltung bei der absoluten Mehrheit der Ost-Berliner, bei gut zwei Fünfteln der Brandenburger aus den stadtnahen Gebieten und bei weniger als einem Drittel der West-Berliner und der Brandenburger im äußeren Verflechtungsraum.** Eher negativ sind je etwa ein Viertel dieser beiden Gruppen, ein Fünftel der stadtnah wohnenden Brandenburger und ein Zehntel der Ost-Berliner eingestellt (Tabelle 13).

Die West-Berliner und die Brandenburger im äußeren Entwicklungsraum bilden auch die beiden Gruppen, die mit den Bürgern aus dem jeweils anderen Bundesland die wenigsten Kontakte haben. Die häufigsten Kontakte bestehen innerhalb Berlins und zwischen Ost-Berlin und den umliegenden brandenburgischen Gebieten. **Ein Viertel der West-Berliner hatte noch keinerlei Kontakt mit Brandenburgern, zwei Fünftel der Brandenburger aus dem äußeren Entwicklungsraum hatten noch niemals Kontakt mit West-Berlinern** (Tabelle 14).

Setzt man die Kontakte zur gefühlsmäßigen Haltung gegenüber dem anderen Bundesland und seinen Bürgern in Beziehung, so wird deutlich, dass **länderübergreifende Kontakte zu einer Verringerung der Unsicherheiten in der gegenseitigen Beurteilung zugunsten einer positiveren Haltung gegenüber dem anderen Land und seinen Bürgern führen** (Tabelle 15).

Tabelle 11: Gegenseitige Sympathie (Mittelwerte u. %)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Sympathie gegenüber ... (Mittelwerte; -3 = sehr unsympathisch, +3 = sehr sympathisch)				
West-Berlinern		0,8	0,8	0,5
Ost-Berlinern	0,7		1,3	1,0
Brandenburgern	0,5	1,0		
Finden die West-Berliner...				
unsympathisch		16	15	19
weder/noch		21	21	19
sympathisch		56	50	37
w.n./k.A.		7	13	25
Finden die Ost-Berliner...				
unsympathisch	19		7	11
weder/noch	21		16	18
sympathisch	51		65	56
w.n./k.A.	9		11	15
Finden die Brandenburger...				
unsympathisch	16	13		
weder/noch	21	16		
sympathisch	38	57		
w.n./k.A.	24	14		

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Tabelle 12: Bereitschaft zum Wohnortwechsel zwischen Berlin und Brandenburg (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Nein	53	29	50	64
Ja	47	71	49	36
W.n./k.A.	0*	0*	1*	-

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

* = geringe Fallzahlen (n<10)

Datenquelle: forsa

Tabelle 13: Gefühlsmäßige Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Eher negativ ¹	23	11	19	26
Unklar	21	20	24	21
Eher positiv ²	31	55	42	28
W.n./k.A.	25	14	16	26

1) Können sich nicht vorstellen, im anderen Bundesland zu wohnen und finden seine Bürger unsympathisch bzw. weder unsympathisch noch sympathisch

2) Können sich vorstellen, im anderen Bundesland zu wohnen und finden seine Bürger sympathisch bzw. weder unsympathisch noch sympathisch

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

Datenquelle: forsa

Tabelle 14: Kontakthäufigkeit (Mittelwerte u. %)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Kontakthäufigkeit mit ... (Mittelwerte; 0 = nie, 4 = sehr häufig)				
West-Berlinern		2,7	2,1	1,1
Ost-Berlinern	2,4		2,4	1,6
Brandenburgern	1,6	2,1		
Keinerlei Kontakt mit ...				
West-Berlinern		8	15	40
Ost-Berlinern	12		13	26
West- oder Ost-Berlinern			8	22
Brandenburgern	26	14		

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Tabelle 15: Gefühlsmäßige Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern nach länderübergreifenden Kontakten (%)								
	Berlin				Brandenburg			
	West		Ost		EVR		ÄER	
Haltung zum anderen Land	Länderübergreifende Kontakte							
	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
Eher negativ	26	22	10	11	31	18	23	27
Unklar	14	23	18	20	23	24	19	21
Eher positiv	13	38	19	61	5	45	20	30
W.n./k.A.	47	17	53	8	41	13	39	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
Datenquelle: forsa

Allgemeine Ängste in Bezug auf eine Fusion und von einer Fusion erwartete Vorteile

Mit dem Fusionsgedanken sind bei einem Teil der Bevölkerung allgemeine Ängste vor einem Bedeutungs- und Identitätsverlust des eigenen Landes verbunden: Etwa ein Fünftel der Berliner befürchtet, dass Berlin in einem gemeinsamen Bundesland seine besondere Stellung als Metropole einbüßen wird, gut ein Siebtel ist der Meinung, Berlin wird seine Identität verlieren. **Bei den Brandenburgern sind solche Ängste weitaus stärker ausgeprägt:** Fast ein Drittel befürchtet, dass Brandenburg seine Identität verlieren wird, fast zwei Drittel sind der Meinung, dass Berlin in einem gemeinsamen Land Brandenburg dominieren wird. Auch die Abwehrhaltung gegenüber einer mit der Fusion verbundenen erneuten Veränderung der Lebensumstände ist in Brandenburg stärker ausgeprägt als in Berlin, was angesichts der gravierenden Umwälzungsprozesse der jüngeren Vergangenheit nicht verwundert (Tabelle 16).

Fasst man die verschiedenen Ängste in einem Index zusammen, so zeigt sich, dass eine Fusion bei gut drei Fünfteln der Berliner aber nur bei gut einem Viertel der Brandenburger mit keinerlei Ängsten verbunden ist, während nur **jeder fünfundzwanzigste Berliner aber jeder siebte Brandenburger mit der Fusion ein hohes Maß an Ängsten verbindet** (Tabelle 15).

Den Ängsten in Bezug auf eine mögliche Fusion stehen aber eine ganze Reihe von Vorteilen gegenüber, die sich die Bürger von einer Fusion versprechen. Die meisten Vorteile sehen die West-Berliner, gefolgt von den Ost-Berlinern und den Brandenburgern des engeren Verflechtungsraumes, wohingegen die Brandenburger aus den Randgebieten die wenigsten Vorteile sehen. Insgesamt sind aber – im Gegensatz zu den Ängsten – **die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen relativ gering** und auch die Rangfolge der Vorteile nach dem Ausmaß der Zustimmung ist sehr ähnlich. Lediglich in der Beurteilung der Aussage „Bei einem Zusammenschluss entfällt eine unnötige Konkurrenz um die Ansiedelung neuer Betriebe“, die von den Berlinern am stärksten befürwortet wird, bei den anderen Gruppen jedoch auf dem dritten Platz landet, und bei der Aussage „Notwendige Reformen können leichter und schneller durchgeführt werden“, die bei den anderen Gruppen auf Platz eins und bei den West-Berlinern auf Platz drei steht, unterscheiden sich die Rangplätze (Tabelle 17).

Betrachtet man die Ängste und Vorteilserwartungen gemeinsam, so wird deutlich, dass **35 Prozent der West-Berliner mit einer Fusion keinerlei Ängste aber viele Vorteile verbinden, in Ost-Berlin tun dies 29 Prozent, in Brandenburg 15 (EVR) bzw. 13 Prozent (ÄER).** Während diese Gruppe von Befragten somit ein klares und eindeutig positives Bild von einer möglichen Fusion und deren Auswirkungen hat, verbinden sich bei einer anderen Gruppe mit dem Fusionsgedanken sowohl ein gewisses Maß an Ängsten als auch die Erwartung einiger Vorteile. Diese **Gruppe mit einem ambivalenten Bild von der Fusion umfasst in Berlin etwa ein Fünftel der Befragten, in Brandenburg jedoch fast ein Drittel** (Tabelle 18).

Tabelle 16: Allgemeine Ängste in Bezug auf eine Fusion (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Ängste im Einzelnen (zustimmende Antworten)				
Berlin wird in einem gemeinsamen Bundesland seine besondere Stellung als Metropole einbüßen	23	19		
Berlin wird seine Identität verlieren	14	13		
Berlin wird Brandenburg dominieren			61	63
Brandenburg wird seine Identität verlieren			32	30
Es gab in der Vergangenheit schon genug Veränderungen. Deshalb sollte man den Bürgern nicht schon wieder etwas Neues zumuten	20	26	32	42
Ängste insgesamt (Anzahl der zustimmenden Antworten)				
0 (keinerlei Ängste)	63	60	27	27
1	22	26	37	31
2	12	9	22	25
3 (hohes Maß an Ängsten)	4	4	15	18

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
 Datenquelle: forsa

Tabelle 17: Erwartete Vorteile durch die Fusion (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Vorteile im Einzelnen (zustimmende Antworten)				
Insgesamt werden die öffentlichen Ausgaben und die Neuverschuldung geringer sein als heute	41	41	36	35
Eine gemeinsame Verwaltung kann besser und wirtschaftlicher arbeiten als zwei Behördenapparate	74	73	72	66
Nur gemeinsam können Berlin und Brandenburg die Zukunft im Wettbewerb mit anderen Regionen meistern	69	68	64	62
Bei einem Zusammenschluss entfällt eine unnötige Konkurrenz um die Ansiedelung neuer Betriebe	79	69	66	62
Notwendige Reformen können leichter und schneller durchgeführt werden	70	73	77	68
Es wird zu einer schnelleren Angleichung der Lebensverhältnisse kommen	57	48	46	39
Vorteile insgesamt (Anzahl der zustimmenden Antworten)				
0 (keinerlei Vorteile)	6	7	9	12
1-2	15	19	17	23
3-4	32	33	35	32
5-6 (viele Vorteile)	46	41	39	34

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850
 Datenquelle: forsa

Tabelle 18: Erwartete Vorteile und allgemeine Ängste in Bezug auf eine Fusion (Zellenprozentsätze ¹)												
	Berlin						Brandenburg					
	West			Ost			EVR			ÄER		
Durch die Fusion erwartete Vorteile ³	Allgemeine Ängste in Bezug auf eine Fusion ²											
	K	E	V	K	E	V	K	E	V	K	E	V
Keine	2*	3	1*	3	4	0*	0*	6	3	3	5	4
Einige	26	19	2*	28	21	3	11	30	11	11	31	13
Viele	35	11	0*	29	11	1*	15	23	1*	13	20	1*

1) Beispiel: 3 Prozent der Ostberliner haben keinerlei Ängste in Bezug auf eine Fusion, sehen aber auch keinerlei Vorteile in einer Fusion.

2) K = keine (0), E = einige (1-2), V = viele (3); vgl. Tabelle 15

3) Keine (0), einige (1-4), viele (5-6); vgl. Tabelle 16

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

* = geringe Fallzahlen (n<10)

Datenquelle: forsa

Erklärungsfaktoren für die Haltung zur Fusion

Alle drei bisher betrachteten Einstellungen – die gefühlsmäßige Nähe zum anderen Bundesland und seinen Bürgern, die mit einer Fusion verbundenen allgemeinen Ängste und die von einer Fusion erwarteten Vorteile – **tragen einzeln betrachtet zur Erklärung der Haltung zur Fusion bei:**

- (1) Je positiver die gefühlsmäßige Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern ist, desto stärker wird eine Fusion befürwortet (Tabelle 19);
- (2) Je geringer das Ausmaß an allgemeinen Ängsten in Bezug auf eine Fusion ist, desto stärker wird sie befürwortet (Tabelle 20);
- (3) Je größer das Ausmaß an durch die Fusion erwarteten Vorteilen ist, desto stärker wird sie befürwortet (Tabelle 21).

Allerdings bestehen Unterschiede in der Stärke der Beziehung zwischen den drei Einstellungen und der Haltung zur Fusion, wie – hier nicht im Einzelnen dokumentierte – Zusammenhangsanalysen zeigen. Die schwächste Beziehung zur Fusionsbefürwortung ist bei der gefühlsmäßigen Haltung zum anderen Land und dessen Bürgern festzustellen: Diese nicht direkt auf die Fusionsproblematik bezogene Einstellung spielt für die Erklärung der Haltung zur Fusion eine deutlich geringere Rolle als die direkt auf die Fusion bezogenen Ängste und Vorteilserwartungen.

Betrachtet man die drei Einstellungen nicht jeweils separat, sondern bezieht sie alle drei **gleichzeitig** in die Analyse der Fusionsbefürwortung ein, so zeigt sich, dass **die gefühlsmäßige Nähe nur noch einen sehr geringen eigenständigen Erklärungsbeitrag liefert. Am stärksten wird die Haltung zur Fusion von den erwarteten Vorteilen beeinflusst, die allgemeinen Ängste vor einem Bedeutungs- bzw. Identitätsverlust des eigenen Landes spielen jedoch auch eine große Rolle.**

Politisch relevant wird dies vor allem bei den Bürgern mit einem **ambivalenten** Fusionsbild, d.h. bei derjenigen Gruppe, die mit einer Fusion sowohl ein gewisses Maß an Ängsten als auch an Vorteilen verbindet (in Berlin etwa ein Fünftel, in Brandenburg fast ein Drittel der Befragten; vgl. Tabelle 18). In dieser relativ großen Bevölkerungsgruppe spricht sich momentan sowohl in Berlin als auch in Brandenburg die **relative Mehrheit für eine Fusion** aus (Tabelle 22). Angesichts der Tatsache, dass diese Bürger jedoch kein klares und eindeutig positives Bild von der Fusion und ihren Folgen haben, stellen sie eine anfällige Gruppe dar, die ihre Meinung in einem zukünftigen Diskussionsprozess schnell ändern könnte.

Die Tatsache, dass in der Gesamtbevölkerung beider Länder die Fusionsbefürworter momentan in der Mehrheit sind, sollte daher nicht dazu verleiten, die Fusionsfrage als schon entschieden anzusehen.

Tabelle 19: Haltung zur Fusion nach gefühlsmäßiger Haltung zum anderen Bundesland und seinen Bürgern (%)												
	Berlin						Brandenburg					
	West			Ost			EVR			ÄER		
Haltung zur Fusion	Gefühlsmäßige Haltung ¹											
	N	U	P	N	U	P	N	U	P	N	U	P
Ablehnung	25	19	9	26	27	17	46	32	21	48	32	30
Befürwortung	72	80	87	68	70	78	51	65	74	49	57	69
W.n./k.A.	4*	1*	5*	6*	3*	5	3*	3*	6	3*	11	2*

1) N = eher negativ, U = unklar, P = eher positiv

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

* = geringe Fallzahlen (n<10)

Datenquelle: forsa

Tabelle 20: Haltung zur Fusion nach dem Ausmaß an allgemeinen Ängsten in Bezug auf eine Fusion (%)								
	Berlin				Brandenburg			
	West		Ost		EVR		ÄER	
Haltung zur Fusion	Ausmaß an allgemeinen Ängsten ¹							
	H	K	H	K	H	K	H	K
Ablehnung	75	6	74	11	73	6*	78	18
Befürwortung	19*	91	21	84	24	87	19	76
W.n./k.A.	6*	3	5*	6	3*	7*	4*	6*

1) H = hohes Maß an Ängsten (3), K = keinerlei Ängste (0)

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

* = geringe Fallzahlen (n<10)

Datenquelle: forsa

Tabelle 21: Haltung zur Fusion nach dem Ausmaß an durch die Fusion erwarteten Vorteilen (%)								
	Berlin				Brandenburg			
	West		Ost		EVR		ÄER	
Haltung zur Fusion	Durch die Fusion erwartete Vorteile ¹							
	K	H	K	H	K	H	K	H
Ablehnung	82	3*	78	4*	87	5*	79	4*
Befürwortung	7*	95	9*	93	11*	91	11*	92
W.n./k.A.	11	1*	13*	3*	2*	4*	11*	4*

1) K = keinerlei Vorteile (0); H = hohes Maß an Vorteilen (5-6)

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

* = geringe Fallzahlen (n<10)

Datenquelle: forsa

Tabelle 22: Haltung zur Fusion bei den Befragten, die mit der Fusion sowohl einige Vorteile als auch einige Ängste verbinden (%)¹

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Ablehnung	41	45	43	44
Befürwortung	57	49	54	49
W.n./k.A.	2*	6*	4*	7

1) Diese Gruppe umfasst in West-Berlin 19%, in Ostberlin 21%, im EVR 30% und im ÄER 31% der Befragten (vgl. Tabelle 17).

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

* = geringe Fallzahlen (n<10)

Datenquelle: forsa

Die Haltung der politischen Elite zur Fusion

Zur politischen Elite der Region im engeren Sinne rechnen wir Personen, die eine heraus gehobene Position innehaben. Dazu zählen wir Abgeordnete der Landesparlamente und Mitglieder des Bundestages aus der Region, Mitglieder der Landesregierungen und höhere Ministerialbeamte, Landräte und Beigeordnete der Kreise, Bürgermeister und Beigeordnete/Stadträte größerer Gemeinden, Mitglieder der engeren Landesvorstände der im Bundestag vertretenen Parteien und deren Kreisvorsitzende. Sie umfasst ca. 1000 Personen, von denen wir 150 für unsere schriftliche Befragung ausgewählt haben. Wir konzentrierten uns auf die größten Parteien in der Region: CDU, PDS, SPD. Von den angeschriebenen haben 73 Personen (48 Prozent der angeschriebenen Personen) geantwortet, eine für schriftliche Befragungen akzeptable Größenordnung (Tabelle 23). Schlüsse von der Befragung auf die politische Elite der Region insgesamt können wir in Form von Tendenzaussagen dort formulieren, wo wir deutliche Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen Untergruppen der politischen Elite feststellen können.

Die Mehrheit der politischen Elite in Brandenburg und in Berlin ist in ungefähr gleich hohem Umfang mit ca. 84 Prozent für eine Länderfusion. Unter den Brandenburgern sind dabei mit 60 Prozent etwas mehr starke Befürworter als unter den Berlinern mit 44 Prozent (Tabelle 24). Nach Einschätzung der politischen Elite ist ihr politisches Umfeld mit ca. 58 Prozent für eine Fusion (Tabelle 25).

Wir gehen davon aus, dass sich die Meinungen über die Fusion zwischen politischer Elite und ihrem politischen Umfeld nicht allzu weit voneinander entfernen werden. Das gegenwärtig hohe Ausmaß an Befürwortung der Fusion in der politischen Elite wird durch das geringere Ausmaß an Befürwortung im politischen Umfeld der politischen Elite relativiert. Der harte Kern an Befürwortern der Fusion in der politischen Elite stellt jedoch immer noch die Mehrheit. Sie beläuft sich unserer Einschätzung nach auf 55 bis 60 Prozent.

Das hohe Ausmaß an Befürwortung wird ebenfalls relativiert durch die bedingte Zustimmung zur Fusion. Fast 80 Prozent der Befragten nennen, ohne dass von unserer Seite feste Antwortvorgaben gemacht wurden, Voraussetzungen, welche unbedingt vor Aufnahme neuer Fusionsverhandlungen geklärt sein sollten (Tabelle 26). Unter den genannten Voraussetzungen macht die Lösung von Finanzfragen mit 30 Prozent den relativ größten Anteil aus.

Tabelle 23: Personen in der Elitebefragung¹		
	Berlin	Brandenburg
Land der Tätigkeit	32	38
Parteizugehörigkeit		
SPD	13	20
CDU	8	11
PDS	7	2
Parteilos	4	4
Ebene der politischen Arbeit		
Landesebene	15	20
Kommunale Ebene	15	17
Tätigkeit in Parlament oder Regierung/Verwaltung		
Parlament	22	23
Regierung/Verwaltung	10	14

1) Politische Elite in der Region, n= 73

Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Da nicht alle Personen alle Fragen beantwortet haben, addieren sich die Zahlen nicht auf die Gesamtzahl von 73.

Tabelle 24: Die Haltung der politischen Elite von Brandenburg und Berlin zur Fusion beider Länder (%)		
	Berlin	Brandenburg
Starke Befürwortung	44	60
Schwache Befürwortung	41	24
Unentschieden	3	5
Schwache Ablehnung	9	8
Starke Ablehnung	3	5

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 25: Die Haltung des politischen Umfeldes der politischen Elite von Brandenburg und Berlin zur Fusion beider Länder nach Einschätzung der politischen Elite (%)		
	Berlin	Brandenburg
Eher zustimmend	59	57
Teils/teils	41	33
Eher ablehnend	0	10

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 26: Wichtige Voraussetzungen für eine Neuaufnahme der Verhandlungen zwischen Brandenburg und Berlin über eine Fusion beider Länder (% aller Nennungen)	
Lösung von Finanzfragen	30
Mehr gemeinsame Projekte	15
Gleichrangigkeit und Gleichgewichtigkeit	11
Zustimmung in der Bevölkerung	10
Angemessene Vermittlung des Vorhabens in die Bevölkerung	9
Angemessene Berücksichtigung von Problemen des öffentlichen Dienstes	5
Sonstiges	21

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Die Mitglieder von CDU, PDS und SPD in der politischen Elite und auch die Parteilosen sind mehrheitlich für die Fusion (Tabelle 27). Unter Mitgliedern von CDU und SPD in der politischen Elite sind gut 60 Prozent starke Befürworter zu finden, unter Mitgliedern der PDS keine und unter Parteilosen 44 Prozent. Schwache Befürworter der Fusion machen bei CDU und SPD ca. 27 Prozent aus, bei der PDS 67 Prozent und bei Parteilosen 33 Prozent.

Der harte Kern von Befürwortern der Fusion stellt bei CDU und SPD deutlich die Mehrheit. Unter den Parteilosen, die alle im Bereich Regierung/Verwaltung tätig sind, und dort unserer Vermutung nach vor allem in der Verwaltung, ist der harte Kern knapp in der Minderheit und bei der PDS gibt es keine starken Befürworter.

Unterscheidet man die Tätigkeitsbereiche der politischen Elite nach Landesebene und kommunaler Ebene, nach Regierung/Verwaltung und Parlament, dann ist die politische Elite in allen diesen Bereichen mehrheitlich für die Fusion (Tabelle 28). Unter den Parlamentariern ist die Zustimmung vergleichsweise am geringsten. Zu 29 Prozent befürworten sie die Fusion stark, insgesamt befürworten sie die Fusion zu 67 Prozent.

Die stärkste Befürwortung der Fusion ist in Regierung/Verwaltung auf Landesebene zu finden. Wir vermuten sie vor allem in der Regierung und weniger in der Verwaltung, da unter parteilosen Mitgliedern der Verwaltung die starken Befürworter nicht die Mehrheit stellen. Auf kommunaler Ebene ist insgesamt gut die Hälfte der politischen Elite stark für die Fusion. Wir vermuten, dass im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs weniger als die Hälfte der kommunalen politischen Elite stark für die Fusion ist, weil dort die Bevölkerung in der Region vergleichsweise der Fusion am wenigsten zustimmt, wie die Daten unserer Bevölkerungsbefragung zeigen.

Wir gehen davon aus, dass je weniger stark die Zustimmung zur Fusion, um so größer die Wahrscheinlichkeit von Einwänden gegen die Fusion ist. Auf dieser Grundlage ist zu erwarten, dass bei einem neuen Fusionsanlauf die meisten Widerstände wahrscheinlich von der PDS und aus den Parlamenten heraus entwickelt werden.

Tabelle 27: Die Stärke der Befürwortung der politischen Elite zur Fusion beider Länder nach Parteizugehörigkeit (%)				
	SPD	CDU	PDS	Parteilos
Starke Befürwortung	64	60	0	44
Schwache Befürwortung	27	26	67	33
Befürwortung insgesamt	91	86	67	77

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 28: Die Stärke der Befürwortung der politischen Elite zur Fusion beider Länder nach Tätigkeitsbereich (%)			
	Landesebene		Kommunale Ebene
	Regierung/ Verwaltung	Parlament	
Starke Befürwortung	80	29	56
Schwache Befürwortung	13	38	35
Befürwortung insgesamt	93	67	91

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Über den möglichen Zeitraum eines neuen Fusionsanlaufes besteht innerhalb der politischen Elite relativ große Einigkeit, wenn als Grundlage der Einteilung die Legislaturperioden in Brandenburg und Berlin dienen (Tabelle 29). Über zwei Drittel kann sich als geeigneten Zeitraum für eine neue Volksabstimmung die übernächsten Legislaturperioden der Brandenburger und Berliner Parlamente vorstellen, die 2004 beginnen. Im Zusammenhang mit den von der politischen Elite genannten Voraussetzungen für die Neuaufnahme von Fusionsverhandlungen wird diese Zeitvorstellung nachvollziehbar. So kann frühestens Ende 2002 die Lösung von Finanzfragen erfolgen, zu denen die Befragten vor allem Klärungen zum Länderfinanzausgleich und zum Stadtstaatenprivileg Berlins rechnen.

Über den möglichen Zeitraum der Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes herrscht weniger Übereinstimmung, wenn als Grundlage der Einteilung die Legislaturperioden dienen (Tabelle 30). Für eine knappe Mehrheit kann sich die Bildung in der Legislaturperiode ab 2009 vollziehen, für eine große Minderheit von 41 Prozent ist die Bildung eines gemeinsamen Landes auch schon in der Legislaturperiode ab 2004 vorstellbar.

Wir haben die Angaben der Befragten zu den Zeitpunkten einer möglichen Volksabstimmung und einer möglichen Bildung eines gemeinsamen Landes im Zusammenhang mit Hilfe einer Clusteranalyse analysiert. Daraus ergibt sich bei den Befragten als relativ am meisten bevorzugter Zeitpunkt einer Volksabstimmung über die Fusion das Jahr 2007 und als relativ am meisten bevorzugter Zeitpunkt für die Bildung eines gemeinsamen Landes das Jahr 2009.

Tabelle 29: Die Haltung der politischen Elite zum Zeitraum der Volksabstimmung über die Fusion beider Länder (%)	
Bis 2003	11
Zwischen 2004 und 2008	71
Zwischen 2009 und 2013	15
Sonstiges	3

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 30: Die Haltung der politischen Elite zum Zeitraum der Bildung eines gemeinsamen Landes (%)	
Bis 2003	3
Zwischen 2004 und 2008	41
Zwischen 2009 und 2013	52
Nach 2013	2
Sonstiges	3

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Vergleich zwischen Bevölkerung und Elite

In der Elitebefragung zeigen sich bei der Haltung zur Fusion ähnliche Unterschiede zwischen Brandenburgern und Berlinern, wie in der Bevölkerungsbefragung, nur auf einem etwas insgesamt höheren Zustimmungsniveau (Tabelle 31). Das unterschiedliche Ausmaß an Zustimmung in beiden Ländern steht in der Bevölkerung in engem Zusammenhang mit der unterschiedlichen Einschätzung des Nutzens, den eine Fusion für Brandenburg und Berlin bringen könnte (Tabelle 32). Für die unterschiedlich hohe Zustimmung der politischen Eliten in Brandenburg und Berlin zur Fusion scheinen andere Gesichtspunkte eine größere Rolle zu spielen, die sich aus der Elitebefragung nicht ergeben.

Die Haltung zur Fusion hat sich in politischer Elite und Bevölkerung insgesamt in Richtung pro Fusion verändert (Tabelle 33), in der politischen Elite in etwas geringerem Umfang, weil dort von einem schon hohen Zustimmungsniveau ausgegangen wurde. Im Zeitvergleich ist eine deutliche Mehrheit der politischen Elite konstant für die Fusion, während in der Bevölkerung eine konstante Mehrheit für den Länderzusammenschluss nicht besteht.

Ein Vergleich des Zustimmungsgrades zur Fusion nach Parteimitglied- bzw. Anhängerschaft zwischen politischer Elite und Bevölkerung zeigt das durchschnittlich höhere Zustimmungsniveau der politischen Elite (Tabelle 34). Während bei CDU- und PDS-Anhängern in der Region dieser Niveauunterschied mit 8 bis 10 Prozentpunkten ungefähr gleich hoch ist, beträgt er bei SPD-Anhängern mit 18 Prozentpunkten das Doppelte. Die politische Elite der SPD in der Region ist damit, im Vergleich zu den politischen Eliten der zwei anderen in die Elitebefragung einbezogenen Parteien, am stärksten für die Fusion.

Tabelle 31: Die Haltung der politischen Elite und der Bevölkerung von Brandenburg und Berlin zur Fusion beider Länder im Vergleich (%)				
	Bevölkerungsbefr.		Elitebefragung	
	Berlin	Brbg.	Berlin	Brbg.
Befürwortung	70	59	84	74
Unentschieden	4	5	3	5
Ablehnung	20	35	12	13

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

Datenquelle: forsa

Politische Elite in der Region, n= 73

Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 32: Erwarteter Nutzen einer Fusion für Brandenburg und Berlin bei der politischen Elite und der Bevölkerung beider Länder im Vergleich (%)				
	Bevölkerungsbefr.		Elitebefragung	
	Berlin	Brbg.	Berlin	Brbg.
Nützt beiden	72	59	84	87
Nützt nur einem oder keinem	25	36	16	14
Weiß nicht/keine Antwort	3	5	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

Datenquelle: forsa

Politische Elite in der Region, n= 73

Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 33: Die Veränderung der Haltung der politischen Elite und der Bevölkerung zur Fusion beider Länder im Vergleich (%)		
	Bevölkerungsbefr.	Elitebefragung
Konstant pro Fusion	43	66
Konstant gegen Fusion	17	11
Konstant unentschieden	3	1
Zuwachs pro Fusion	27	17
Zuwachs gegen Fusion	8	1
Zuwachs Unentschiedene	2	3

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

Datenquelle: forsa

Politische Elite in der Region, n= 73

Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 34: Die Haltung der politischen Elite und der Bevölkerung zur Fusion beider Länder nach Parteien (%)						
	Bevölkerungsbefragung			Elitebefragung		
	SPD	CDU	PDS	SPD	CDU	PDS
Befürwortung insgesamt	73	76	57	91	84	67
Unentschieden	2	4	6	3	5	11
Ablehnung	25	20	37	6	11	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, n= 1850

Datenquelle: forsa

Politische Elite in der Region, n= 73

Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum